

**Aus der letzten
Stadtratssitzung am
28.05.2008
Seite -3-**

**Armut zeigt sich ge-
legentlich in paradoxer
Gestalt!
Seite -4-**

**Studiengebühren sind
Schnee von gestern
Seite -7-**

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

11. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

09. Juni 2008

Widerstehen. Sagen, was ist. Die Politik verändern.

Die Erwartungen an den 1. Bundesparteitag der LINKEN waren hoch, als die Delegierten am 24. Mai in Cottbus zusammentrafen. Das Antragsheft, das die 561 gewählten Delegierten erhielten, umfasste 156 engbedruckte Seiten mit Anträgen zu allen Bereichen der Politik, es sollten 5 weitere Antragshefte folgen.

Bevor aber der Parteitag „richtig“ begann, musste er Formalien beschließen. Hier bestand zunächst das Bedürfnis, ausdiskutieren, wie man sicherstellt, dass möglichst viele Delegierte in der Debatte ihren Standpunkt vortragen könnten - soll das Los über die Reihenfolge entscheiden oder das Arbeitspräsidium, soll ein elektronisches Wahlsystem eingesetzt werden oder wählen wir mit Stimmzettel-?. Nach zwei Stunden waren Mehrheiten für die Geschäftsordnung gefunden, so dass der Parteitag beginnen konnte. Es waren die zwei Stunden, die zur Beratung der vielen Anträge fehlten.

„Was sind unsere nächsten Aufgaben? ... Was ist neu an der neuen LINKEN?“, fragte Lothar Bisky

in seiner Rede und führte weiter aus: „Wir haben DIE LINKE gegründet, weil vertraute Pfade nicht durch und durch erfolgreich waren. Gewissheiten und Gewohnheiten sollte man von Zeit zu Zeit überprüfen. Hüten wir uns vor der alten linken Überheblichkeit, auf alles eine Antwort zu haben und zu wissen. Hüten wir uns vor der alten linken Bequemlichkeit, die Vielfältigkeit gesellschaftlicher Prozesse durch Rückzug in überschaubare ideologische Schneckenhäuser auszublenken. Wenn wir etwas neu und besser machen wollen, fängt es beim innerparteilichen Umgang an. In der Präambel der programmatischen Eckpunkte heißt es: »Wir greifen unterschiedliche Auffassungen zur Analyse, Politik, Weltanschauung und Strategie, zu Widersprüchen und Gemeinsamkeiten produktiv auf und entwickeln sie als Stärke der neuen Partei.« Wir brauchen die offene politische Debatte in der Partei. Was wir nicht brauchen, ist der Machtkampf zwischen ideologischen »Strömungen«. Wir brauchen Öffnung statt Einengung, Kommunikation statt Konfrontation, Lösungen statt Formelkompromisse, konfliktreiche Politikfähigkeit statt die Rechthaberei der reinen Lehre.

Unsere Aufgabe ist vor allem, den 73.455 Mitgliedern auf dem Weg der neuen Partei die Mitgestaltung linker Politik zu ermöglichen und das zu organisieren.“ Dass DIE LINKE kein Selbstzweck sei, erläuterte Bisky wie folgt: „Rot-Grün hatte soziale Gerechtigkeit aufgegeben. Das haben Millionen Bürgerinnen und Bürger nicht durchgehen lassen. Sie haben den neoliberalen Verheißungen widerstanden. Die Mehrheit der Bevölkerung hat erfolgreiche Grundsätze des Zusammenlebens in der Gesellschaft nicht über Bord werfen wollen: sozialer Ausgleich, Lohn, von dem man leben kann, Beteiligung aller an den Früchten wachsenden Wohlstandes, keine zu großen sozialen Unterschiede, keine sich ihrer sozialen Verantwortung völlig entziehenden Manager und Unternehmen, nach einem arbeiterreichen Leben soll es keinen Absturz in Altersarmut geben. Es geht darum, nicht ohne Not soziale Fortschritte der vergangenen 60 Jahre den vermeintlichen Zwängen der Globalisierung zu opfern.“

In seiner leidenschaftlich vorgetragenen Rede setzte sich Oskar Lafontaine mit der Politik der großen Koalition auseinander.

Fortsetzung auf Seite -2-

Er stellte fest, dass DIE LINKE zwar auf die anderen Parteien wirkt, aber: „Obwohl die neoliberale Hegemonie aus der öffentlichen Debatte verschwunden ist und bescheidene Korrekturen im sozialen Bereich in Angriff genommen wurden, ist die bisherige Bilanz der Großen Koalition mehr als ernüchternd. Die Umverteilung von unten nach oben dauert unvermindert an.“ Er kritisierte Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, forderte einen Politikwechsel und erläuterte die Vorschläge der LINKEN zur Regulierung der Finanzmärkte. Er griff aber auch die Debatte um das Verhältnis von Freiheit und Sozialismus auf und äußerte sich zum Verhältnis der LINKEN zur DDR, hierzu führte er aus: „Wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen wir aus der Geschichte und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernen. Dabei ist es selbstverständlich wichtig, angesichts unserer Vorgeschichte und unserer Zusammensetzung die Geschichte der DDR aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen zu ziehen. Sicher, in der DDR gab es auch Fortschritte - mehr soziale Gleichheit, mehr Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, mehr soziale Sicherheit, ein besseres Gesundheitswesen und eine gute Schulbildung. Aber die DDR ist auch gescheitert, weil sie kein Rechtsstaat war, weil sie keine Demokratie war und weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wenig Mitbestimmung hatten. Das sind aber unverzichtbare Bestandteile einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Dies ist die Lehre aus der Geschichte der DDR.“ „Rosa Luxemburg, liebe Freundinnen und Freunde, war eine große Visionärin. Und

so, als ahnte sie die Fehler, die die Arbeiterbewegung im Staatssozialismus und Kapitalismus machen würde, schrieb sie uns ins Stammbuch: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Sie gab eine klare Antwort auf die oft gestellte Frage, was demokratischer Sozialismus ist. Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft, die auf Freiheit und Gleichheit gegründet ist, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. ... Wenn man sich zur Begrifflichkeit äußern will, muss man zwei Termini kennen, und die heißen nun einmal: hinreichend und notwendig. Und für die Freiheit gilt folgendes: Notwendig für die Freiheit ist selbstverständlich die politische Freiheit und die geistige Freiheit. Notwendig für die Freiheit ist selbstverständlich die soziale Gleichheit, denn es ist nun einmal richtig, den Aids-Kranken in Afrika nützt die politische und geistige Freiheit wenig. Aber hinreichend für die Freiheit sind nur beide zusammen. Soziale Gerechtigkeit und politische und geistige Freiheit. Nur beide zusammen sind hinreichend. Eines allein geht nicht!“ Die Reden können im „Disput“ oder im Internet (www.die-linke.de) nachgelesen werden, beide Vorsitzende wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die im Anschluss geführte Generaldebatte und die Debatte zum Leitantrag des Parteivorstandes zeigten die Pluralität der Meinungen in unserer Partei auf, es gab zahlreiche Änderungsanträge. Aus meiner Sicht stellt der Leitantrag ein Meinungsbild unserer Partei dar, ersetzt aber nicht die zu führende Debatte um die in den Eckpunkten aufgeworfenen Fragen an das noch zu verabschiedende Programm.. Der auch auf dem Parteitag häufig kritisierte Umstand, dass noch kein

Programmwurf vorliegt, lässt ahnen, dass die zu führenden Diskussionen schwierig werden.

Der Parteitag wählte den neuen Parteivorstand, in ihm sind aus Sachsen-Anhalt Rosemarie Hein (55%), Jan Korte (64%) und Matthias Höhn (44,1% im 2. Wahlgang) vertreten. Emotional wurde es, als der Antrag „Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE“ aufgerufen wurde. Emotional nicht, weil bei diesem Thema der Parteitag etwa gespalten war, sondern weil eine Minderheitsmeinung aus einem Landesverband zum Erziehungsgehalt über Monate das öffentliche Bild prägte und der Bundesvorstand unglücklicherweise sich nicht darauf verständigen konnte, mit einem Beschluss klarzustellen, dass durch die Mehrheit der Mitgliedschaft zu dieser Frage eine andere Meinung vertreten wird. Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wurde der Antrag angenommen. Dennoch, war es gut von Petra Pau klarzustellen, dass DIE LINKE eine plurale Partei ist und sachliche Auseinandersetzungen nicht mit persönlichen Diskreditierungen ausgetragen werden sollten.

Dafür warb auch Gregor Gysi in seiner Schlussrede auf dem Parteitag: „...um eines bitte ich Euch: Wir dürfen keine Kämpfe um Siege und Niederlagen führen, sondern immer nur um eine politische Ausrichtung der Partei. Das ist etwas völlig Anderes. Manchmal sieht es so aus, als ob es schon fast um Tod oder Leben geht. Darum geht es aber nicht. Die Gesellschaft wollen wir verändern, nicht uns selbst bekriegen!“

Ich denke der 1. Bundesparteitag war hierfür ein guter Anfang, inwieweit es uns gelingt, liegt an uns selbst.

Swen Knöchel

Aus der letzten Stadtratsitzung am 28.05.2008

Wird es nun zur Tradition, dass unsere Stadtratssitzungen so kurz sind, wir nichts mehr zu beschließen haben?

Wir haben die Wahlbekanntmachung des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung beschlossen. Notwendig wird diese Wahl, weil die Wahlperiode des bisherigen Beigeordneten Dr. Marquardt nach 7 Jahren planmäßig abläuft. Gewählt werden soll dann in der Stadtratsitzung im September 2008. Ohne weitere Diskussion wurden die Satzung der Sparkasse, der Jahreatabschluss für den Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale), der Bebauungsplan Nr. 100 Halle-Kröllwitz, Wohngebiet Talstraße, beschlossen.

In diesem Baubeschluss geht es um die Erweiterung der Kunstgalerie in der Talstraße, die auch unsere Fraktion ausdrücklich unterstützt. Beschlossen wurden die Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss. Für unsere Fraktion werden diese Aufgabe Frank-Detlef Grasse und als Stellvertreterin Franziska Godau übernehmen.

Ebenfalls ohne Diskussion wurden die Vorlagen „Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichtes Halle (Saale) und des Landgerichtes Halle“ (Schöffen) und die Vorlage „Mitwirkung der Stadt Halle bei der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Oberverwaltungsgericht des Landes

Sachsen-Anhalt für die Amtsperiode 2009 - 2013“ beschlossen.

Unser Antrag „zur Einführung von gestaffelten Benutzungsgebühren nach Einkommen und Kinderzahl für den Besuch von Kindertageseinrichtungen“ wurde - auch weil die Oberbürgermeisterin es ausdrücklich unterstützte - in den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Eine Diskussion dazu fand noch nicht statt! Im Vorfeld dieses Antrages hat sich z. B. die BILD-Zeitung damit beschäftigt und einseitig die Erhöhung der Gebühren für Besserverdienende dargestellt. In der Einbringungsrede zu diesem Antrag hat Bodo Meerheim, Fraktionsvorsitzender, eindeutig erklärt, dass mit dieser von uns vorgeschlagenen Regelung (die übrigens schon einmal in der Stadt Halle (Saale) wirksam war) eine Form der Gerechtigkeit unter den Familien hergestellt werden kann. Und für die Stadtkasse würden wir so auch noch etwas Geld bekommen! Wir werden jetzt „dranbleiben“ müssen, dass der Antrag den Jugendhilfeausschuss passiert und konkrete Handlungen zur Umsetzung des Antrages den Rat wieder passieren.

Auf die Anfrage unserer Fraktion, wann denn nun die Umweltqualitätsziele der Stadt Halle in den Stadtrat kommen (unser Antrag, der beschlossen wurde, ist vom 25.10.2006!!) wurde mitgeteilt, dass diese zusammen mit der Vorlage des Agenda-Berichtes Ende 2008 in den Stadtrat kommen!

Als Wiedervorlage standen unsere Anträge zum „öffentlichen Perso-

nennahverkehr“ und zu „Direktvergaben im öffentlichen Nahverkehr der Stadt Halle“ auf der Tagesordnung. Zu beiden Anträgen gab es im Vorfeld, u.a. im Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale), zahlreiche Debatten.

Auch eine Veränderung der Beschlussvorlage führte leider nicht dazu, eine Mehrheit des Stadtrates zur Zustimmung zu bewegen.

Um handlungsfähig zu bleiben, hat die Fraktion mehrheitlich beschlossen, die Anträge zum Stadtrat zurückzuziehen. So können wir ggf. diese Thematik zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufnehmen!

Antwort auf die Frage am Anfang des Textes:

Nein, wir hoffen nicht!

Für die Juni-Sitzung des Stadtrates hat die Oberbürgermeisterin u.a. die Eckpunkte für den Haushalt 2009 angekündigt und auch eine Zwischeninformation zum Stadion-(neu)bau!

Es wird wieder spannend!

Ute Haupt,
Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345/20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.06.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 19.06.2008

Armut zeigt sich gelegentlich in paradoxer Gestalt!

Ein Blick darauf, jenseits von Zahlen, größeren Fakten und großen Zusammenhängen

Birke Bull

Dass gerade Kinder, die in prekären Lebenslagen aufwachsen, Übergewichtig sind, überrascht niemanden mehr. Das scheint glaubwürdig. Schnell und billig den Hunger zu stillen, heißt nicht selten zu fett und zu süß zu essen. Erzieherinnen beobachten sehr aufmerksam, dass gerade diese Kinder eher mit der Milchschnitte oder den Chips in der Brotbüchse in die Kita kommen, als mit Vollkornbrot, Gemüse und Obst. Und dass letzteres manchmal auch unverschämte teuer ist, weiß man. Also: Armut kommt in den reichen Industriestaaten nicht verhungert, sondern Übergewichtig daher. Ein Paradoxon, das dem Alltagsmenschen einleuchtet.

Im alltäglichen Erfahrungsaustausch macht sich stattdessen oft der Ärger über diejenigen Luft, die schon früh mit der „Büchse“ an der Kaufhalle stehen, über die, die mit „angeklebten grellbunten Fingernägeln“, sich eher - so weiß man - um sich selbst, als um ihre Kinder kümmern. „Sie wollen es ja nicht anders!“ so wird das gemeinhin gewertet. „Sie sind ja selbst schuld.“ - so lautete der Befund einer Besucherin im Landtag, mit der ich am vergangenen Donnerstag ins Gespräch kam.

Nun ja. Natürlich ist jeder Mensch zunächst ganz selbst bestimmt dafür verantwortlich, wie er oder sie das eigene Leben gestaltet. Und zugegebenermaßen ist Armut nicht nur eine Frage des Geldes. Auch mit wenig finanziellen Mitteln ist es möglich, ein Leben in Würde und Verantwortung zu gestalten. Niemand wird bestreiten, dass solche Lebensphasen, in denen jede Aus-

gabe gut überlegt und abgewogen, manche sogar gestrichen werden muss, auch soziale Kompetenzen hervorbringen und Erfahrungen vermitteln, die für das spätere Leben nicht nur nützlich, sondern auch wichtig sind: Empathie, Verantwortungsbewusstsein, Achtung vor dem Erarbeiteten oder Gesparten, Bescheidenheit und Zurückhaltung, und wie auch immer. Entscheidend sind dabei Chance und Gelegenheit, an dieser Situation etwas zu verändern. Bedrohlich wird Armut erst, wenn es aussichtslos ist oder scheint, etwas dagegen zu unternehmen, wenn sich das Gefühl einschleicht, abgehängt zu sein. Wenn die Lust versiegt ist, dagegen aktiv zu werden. Den eigenen Kindern wird die Resignation in der Gestalt von Passivität und Gleichgültigkeit sozial vererbt. Während Resignation noch aus der Erinnerung an eigenes Tun entsteht, so kennen Passivität und Gleichgültigkeit nicht mal mehr das Gefühl, das sich Anstrengung lohnen kann.

Und wenn das alles nicht mehr zu den gelebten Erfahrungen gehört, auf die heranwachsende Menschen zurückgreifen können, dann kommt es vor, dass für die Selbstachtung und die Bestätigung, die jeder Mensch braucht, andere - möglicherweise eher weniger geeignete - Quellen erhalten müssen. Dann zeigt sich Armut in der Tat widersinnig: schon am Morgen, wenn das letzte, bisweilen sogar das erste Geld in Bier und Schnaps getauscht wird; oder in den mit Chips und Milchschnitten gefüllten Brotbüchsen; oder im Unvermögen, den eigenen Kindern das Gefühl zu geben, angenommen und aufgehoben zu sein; oder in der Scheu, sich

mit diesen sichtbaren Makeln beim Arzt zu zeigen und gar noch dessen Rezept mit der Bemerkung abzuwehren, dass das Geld für die Zahlungen zu knapp sind; oder bei den vielfältigen Meidstrategien, mit denen die wahren Gründe verschleiert werden, die die Teilnahme an der Klassenfahrt unmöglich machen; oder wenn die Elternversammlungen gemieden werden, weil man die überlegenen und möglicherweise unbeabsichtigt herablassenden Gesten nicht erträgt. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Das perfide an diesen Verhältnissen ist, dass es nun in der Tat nicht mehr ausreicht, mehr Geld zu geben. Zu viel anderes ist zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Strecke geblieben, darunter die Fähigkeit, damit verantwortungsvoll umzugehen. Hilfe zur Selbsthilfe hat zunächst viel mit Wertschätzung zu tun. Und das ist das Gegenteil von verächtlichem Herabsehen und erfordert etwas mehr als das oberflächliche und schnelle Urteil. Respekt gehört zu den eher seltenen Erfahrungen derer, die schon lange - meist über mehrere Generationen - von Armut betroffen sind. Selten in der Familie, aber auch selten in der Kindertagesstätte, in der Schule, auf dem Amt und im Alltag. Wie sollen sie ihn da selbst aufbringen, anderen gegenüber.

Und natürlich: Auch Geld gehört dazu. Geld hat nun mal in einer Leistungsgesellschaft den höchsten Konvertierungsgrad. Von nichts kommt nichts. Es muss reichen, um sich kaufen zu können, was man zur Selbsthilfe und zur Selbstachtung braucht, und zwar egal wie und wodurch man wurde, was man ist.

- Post an den Stadtvorstand -

Besuch aus Ungarn

Seit vielen Jahren besteht zwischen der KGS „U. v. Hutten“ und einer ungarischen Schule aus Tarjan eine enge Partnerschaft. Schüler der Klassenstufen 6 und 7 warteten ganz aufgeregt am 25.05.2008 gegen 18:00 Uhr auf die Ankunft der 25 Gastschüler. Nach einer herzlichen Begrüßung wurden die Mädchen und Jungen auf die deutschen Gastfamilien aufgeteilt. Mit der Verständigung gab es keine Probleme, da einige Unterrichtsfächer in der ungarischen Schule in deutscher Sprache unterrichtet werden. So wurden sehr schnell Freundschaften geschlossen. Am 1. Schultag konnten die ungarischen Schüler den Alltag an unserer Schule kennenlernen und einige

Unterrichtsstunden besuchen. Bereits am Nachmittag begaben wir uns bei einem Besuch der Burg Giebichenstein auf historische Spurensuche in unserer Stadt. Auch am Dienstag war bei einer Stadtführung viel Wissenswertes über Halles Geschichte zu erfahren. Beeindruckend war der Blick von den Hausmannstürmen und die Vorführung beim Salzsieden im Salinemuseum. Die moderne Hallorrenfabrik und eine Führung durch den Flughafen Leipzig/Halle haben uns das moderne Halle gezeigt. Viel Spaß hatten wir auch an einem Sportnachmittag in der Schule, beim Besuch im Maya Mare, im Leipziger Zoo und beim Drachenbootrennen am Osendorfer See;

hier belegten wir von 4 Schulen den 1. Platz. Gemeinsam mit den Gasteltern feierten wir an diesem Tag mit selbstgebackenem Kuchen ein kleines Abschlussfest. Nur mit der Hilfe der Eltern, Lehrer und freundlicher Sponsoren, denen hier herzlich gedankt sein soll, war diese Woche mit unseren ungarischen Freunden ein echter Erfolg.

Kristin Rechlin und
Lisa König aus der 7 a

Der Stadtverband Halle hat die Veranstaltung aus dem Solidaritätsfonds der Stadtratsfraktion unterstützt.

Für DIE LINKE. Halle nahm Katharina Rommel teil.

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift
der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Landesausschuss

Am Samstag, dem 31. Mai konstituierte sich in Magdeburg der Landesausschuss unserer Partei. Der Landesausschuss ist das Organ des Landesverbandes mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand. Seine Aufgaben sind in § 20 der Landessatzung geregelt.

Der Stadtverband Halle wird durch Marion Krischok und Frank Baier vertreten.

Zu seinem Vorsitzenden wählte der Landesausschuss Frank Baier.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Das sollten Sie wissen:

CDU - Jüngling fordert unterschiedliches Wahlrecht

Der Vorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Gottfried Ludewig, bekräftigte in einer Fernsehsendung Ende Mai 2008 seine zuvor durch Presseberichte bekannt gewordene Meinung:

„Diejenigen, die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen, müssen in diesem Land wieder mehr Einfluss bekommen. Die Lösung könnte ein doppeltes Wahl- und Stimmrecht sein.“

ND vom 24./25.05.2008

Im Klartext: Der CDU - Jüngling will eine „Stärkung der „Leistungsträger“. Wer diese Personengruppe ist, bleibt vorerst vage. Klar aber spricht Herr Ludewig davon: Hartz IV-Empfänger und Rentner gehören nicht dazu und sollen deshalb nach seiner Meinung bei zukünftigen Wahlen nur 1 Stimme und die „Leistungsträger“ 2 Stimmen erhalten. Was da im 1. Satz zunächst als überlegenswert erscheinen könnte (wer kann denn was gegen Anreize zur Leistungsförderung haben?), entpuppt sich als „Herrschaftsdenken“ übelster Art. Mit dem 2. Satz werden Arbeitslose und Rentner, also ein grosser Anteil unserer Mitbürger/innen, als Bürger 2. Klasse abgewertet. Nicht gleich offensichtlich, denn sie behalten ja ihre 1 Stimme. Doch durch die erdachte Ausstattung der „Leistungsträger“ mit der doppelten (2) Stimmenanzahl je Person werden diese enorm bevorteilt.

Es muss nur noch zu Ende gedacht und ausgesprochen werden:

Hier die Elite, deren Rechte erweitert werden sollen - und da der Plebs! Und die staatsbürgerlichen Rechte des Plebs müssen eingeschränkt werden. ??

Die Französische Revolution erkämpfte die Gleichheit aller Bürger - damals noch ohne Frauen -, niedergeschrieben im Code Civil seit 1804. In Preussen galt das Drei-Klassen-Wahlrecht gestaffelt nach der Höhe der Steuern bis 1918. Mit der Novemberrevolution 1918/1919, an der die Linken bekanntlich stark beteiligt waren, wurde in Deutschland das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht - auch für Frauen! - erstritten. Auch das Grundgesetz der BRD § 38 enthält diese Wahlgrundsätze.

Ist das Thesenpapier des Vorsitzenden des RCDS etwa ein Angriff auf im Grundgesetz verbrieft Bürgerrechte?

Ist das Denken des Herrn L. eventuell undemokratisch?

Flugs wurde in den Folgetagen dementiert. Diese Meinung sei in der CDU nicht akzeptabel. Dieses Papier sei die Auffassung eines Jungsporns, der über das Ziel hinaus geschossen sei. Und so weiter. Alles Bemerkungen zur Schadensbegrenzung.

Für die neue LINKE ist es es nicht hinnehmbar, dass erzreaktionäres Gedankengut zur Sicherung der Herrschaftselite im modernen Gewandt als neues Denken verkündet wird.

Die neue LINKE wird die bürgerlich-demokratischen Rechte der Bürger/innen gegen Angriffe von rechts aussen verteidigen.

G.Nau

Rente erst ab 67?

CDU/CSU und SPD wollen die Rente ab 67. Damit die Beitragsätze bis 2029 um 0,5 Prozentpunkte weniger steigen! Als wenn wir uns das nicht leisten könnten? Millionen von Jobs sind bedroht. Für Jüngere. Ein bis drei Millionen Arbeitsplätze fehlen, wenn die Rente ab 67 kommt. Soll das die Zukunft sein: Oma und Opa plagen sich bis 67 und die Enkel sind arbeitslos? Manche Beschäftigte würden ja länger arbeiten.

Sie fragen sich nur: Wo? Besonders Ältere sind arbeitslos.

Aus gesundheitlichen Gründen hält ein Großteil der Beschäftigten ohnehin nicht bis zur Altersgrenze durch. Nicht nur bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten. Vor allem der Stress hat zugenommen. Und die Schichtarbeit. Und immer mehr Druck von oben, immer häufiger unsichere Jobs und Angst um den Arbeitsplatz. Früher war man nach der Arbeit müde, heute ist man kaputt! Wie soll das dann bis 67 gehen? Rentenkürzung heißt die Devise! Wer mit 65 geht, dessen Rente wird dann um 7,2 Prozent gekürzt. Bei 63 Jahren gibt es satte 14,4 Prozent weniger Rente. Die Linke ist die einzige Partei, die eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ablehnt. 65 Lebensjahre sollen das Limit für den Renteneintritt sein. Bei gesundheitlichem Verschleiß soll es den abschlagsfreien Rentenbeginn mit 60 geben.

Klaus Ernst/Michael Schlecht

Studiengebühren sind Schnee von gestern

Zur Abschaffung jeglicher Studiengebühren in Hessen erklärt Hendrik Lange, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion: „Die Entscheidung in Hessen ist ein Signal an die anderen Bundesländer. Erstmals ist es gelungen, eine linke parlamentarische Mehrheit gegen Studiengebühren zu schmieden. Herausragend ist dabei, dass nicht nur allgemeine Studiengebühren abgeschafft werden, sondern auch die umstrittenen Langzeitgebühren sowie Gebühren für Zweitstudiengänge. DIE LINKE im hessischen Landtag rechtfertigt das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler durch eine konsequente Haltung und eine konstruktive Zusammenarbeit in der Sache.

Die Forderung, den Hochschulzugang nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig zu machen und das Studium im Sinne eines emanzipatorischen Bildungsideals frei gestalten zu können, konnte durchgesetzt werden. Die Studierenden in Hessen können nun freier ihr Studium bestreiten und erfolgreich zum Abschluss bringen. Ihr hartnäckiger Einsatz gegen Studiengebühren trägt Früchte und ist Ermutigung für die Studierenden anderer Länder.

Jetzt ist es an der Zeit, das Signal aus Hessen aufzugreifen und in anderen Bundesländern linke Mehrheiten gegen Studiengebühren jeglicher Art zu schmieden.“

Gregor Gysi hat unsere volle Unterstützung

Der Parteivorstand hat in seiner ersten Sitzung alle Vorwürfe gegen den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Gregor Gysi zurückgewiesen und sich einstimmig der Erklärung von Landesvorsitzenden und Landessprechern der Partei angeschlossen, in der es heißt:

„Gregor Gysi hat unsere volle Unterstützung. Für uns gibt es nicht den geringsten Anlass, an der Integrität und Aufrichtigkeit Gregor Gysis zu zweifeln. Die gegen ihn vorgebrachten Angriffe weisen wir entschieden zurück.

Immer wieder in den letzten 18 Jahren ist versucht worden, Gregor Gysi als Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu denunzieren.

Immer wieder ist dafür kein stichhaltiger Beweis vorgelegt worden. Im Gegenteil, auch in der aktuellen Diskussion werden Fakten bewusst unter den Tisch gekehrt. Wer Dokumente ignoriert, aus denen klar hervorgeht, dass die Stasi Gregor Gysi als IM für „nicht geeignet“ hielt, handelt nicht objektiv, sondern versucht, mit haltlosen Anschuldigungen die weit über DIE LINKE hinaus hoch angesehene Persönlichkeit Gregor Gysi zu beschädigen. Die politische Konkurrenz scheut offenbar die inhaltliche Auseinandersetzung mit der LINKEN. Der Versuch, über eine Kampagne gegen Gregor Gysi die Partei DIE LINKE zu schwächen, wird scheitern.“

Einladung zur AKTIONSKONFERENZ



Die Rentenkampagne der LINKEN nimmt Fahrt auf, auch in unserem **Landesverband Sachsen-Anhalt**. Die Rentenkampagne der LINKEN ist eine Kampagne, die durch die Mitglieder weitergetragen werden muss. Unsere Kampagne lebt von vielen geschulten und motivierten Aktivist/innen in den Kreis- und Ortsverbänden. Deshalb laden wir Euch zu einer drei/vierstündigen Konferenz ein, auf der die wichtigsten Fakten zur Rentenkampagne vermittelt werden. Ihr erfahrt:

1. **warum** es überhaupt eine Rentenkampagne der LINKEN geben muss,
2. warum es **wichtig und richtig** ist, gegen die aktuelle Politik der Rentenkürzungen zu protestieren,
3. welche **rentenpolitische Alternativen** DIE LINKE gegen die drohende Altersarmut setzt,
4. **wie** Ihr Euch in die Rentenkampagne der LINKEN **einbringen** könnt.

Wann:	21.06.2008, Beginn: 9:30 Uhr
Wo:	Büro - und Tagungszentrum Rogätzer Str. 8, 39106 Magdeburg
Anfahrt:	Siehe www.b-t-m.de
Anmeldung:	DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Landesgeschäftsstelle Telefon: 0391 - 7324961 Email: kiz@dielinke-isa.de
Infos:	www.die-rente-die-linke.de